Haushaltsrede 2011

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Geilenkirchen Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2011 und Haushaltssicherungskonzept 2011-2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Bürger,

meine Haushaltsrede im letzten Jahr war kurz und knapp, aber zu schnell vorgetragen. Ich habe Ihnen damit die Möglichkeit genommen, zu begreifen, wie unsere Haushaltslage ist und wie sie sein wird.

So müssen wir wirtschaftlich gegensteuern, um weiterhin selbständige Entscheidungen treffen zu dürfen. Es ist traurig, dass meine damalige Haushaltsrede das Orakel für dieses Jahr war, bzw. auch für die Zukunft der Stadt Geilenkirchen geworden ist.

Wenn ich meine Haushaltsrede von 2010 nun betrachte und dann den Haushaltsentwurf 2011, sowie das vorliegende Haushaltssicherungskonzept, dann frage ich mich, ob die Haushaltsreden, die wir hier halten - überhaupt beachtet werden, oder ob nur Eines wichtig ist. - Dass wir zustimmen!

Sind wir im Rat nur Statisten, die Rituale erfüllen müssen?

Schon im letzten Jahr war erkennbar, dass mit einem Fehlbetrag von 5,5 Mio. € ohne wirtschaftliche Gegensteuerung auch die folgenden Jahre steigend defizitär sein würden.

Es drohte die Haushaltssicherung. Nun ist sie notwendig.

Wenn man die nun entstandene Haushaltslage nur auf das System des NKF schiebt und als unabwendbar darzustellen möchte, macht man es sich damit einfach zu leicht. Das NKF hat die Stadt Geilenkirchen auch nicht über Nacht überrascht. Es war bekannt, welche Unterschiede zum bisherigen kammeralen System bestehen. Allerdings hat die Stadt Geilenkirchen sich auch Zeit gelassen, auf das neue System umzustellen. So lag dann auch die Eröffnungsbilanz 2009 erst im Frühjahr 2011 vor.

Die Liberalen verstehe die Überraschung der Fraktionen des alten Bündnisses über die derzeitige Lage überhaupt nicht. Das war doch absehbar. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen und dafür herbe Kritik erhalten. In einer unglaublichen Machtverliebtheit, wurden alle Signale ignoriert und oppositionelles Verhalten weiter fortgesetzt. Von Geisterfahrern war die Rede, weil wir nicht mit den Lemmingen Richtung Klippen mitlaufen wollten und uns ihnen auch noch in den Weg stellten.

Im Haushaltssicherungskonzept findet sich der Satz: „Da nur in einem Jahr eine Reduzierung der Allgemeinen Rücklage um mehr als 5% zum Ausgleich des Ergebnisplanes vorgesehen war, war die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes **noch nicht erforderlich.**“

Noch nicht, aber es war schon absehbar.

Nach § 41 Absatz 1h GO ist der Rat für die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes zuständig.

Wie können wir aber einem Haushaltssicherungskonzept zustimmen, dass keinen ausgeglichenen Haushalt zur Folge haben wird, auch nicht nach mehreren Jahren?

Uns wird hier ein **nicht genehmigungsfähiger Haushalt** zur Abstimmung vorgelegt.

Wir können nicht erkennen, dass hier ernsthafte Versuche gestartet wurden, Einsparungen zu erreichen.

Das Defizit 2011 beträgt 8.706.613 €, das sind 8,35 % der Rücklage.

Die Heilung soll durch die Erhöhung der Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer B sowie durch Einsparungen der freiwilligen Leistungen geschehen.

So würde ab 2012 durch jährliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 430.000 € und Einsparungen von ca. 50.000 € nur ein Defizit von ca. 7.417.125 € entstehen. Das klingt nicht nur lächerlich, sondern ist es auch, da somit das Defizit bei wohlwollender Finanzrechnung die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von jährlich 8,35 % in 4 Jahren auf 7,41 % herabgesenkt würde.

Wir dürfen aber 5 % nicht überschreiten und sind damit noch meilenweit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt.

Herr Bürgermeister, ist das wirklich alles?

Kann in der Stadtbücherei wirklich eine halbe Stelle eingespart werden, wenn bisher 6,5 Stellen erforderlich waren?

Wie viele Stellen sind eigentlich in einer Stadtbücherei erforderlich?

Sind alle Einsparpotentiale auch wirklich ausgeschöpft?

Wurden wir über alle Möglichkeiten informiert?

Wir Freien Demokraten haben da so unsere Zweifel.

Es scheint so, als würde stoisch ein Plan fortgeführt, ohne auf die derzeitige Finanzlage Rücksicht zu nehmen.

Wir haben erwartet, dass nicht nur die Nachteile des NKF bedauert, sondern auch die Möglichkeiten, die das NKF bietet, genutzt werden. So kann durch die Kostenstellenerfassung der tatsächliche Kostenaufwand dem jeweiligen Produkt zugeordnet werden. Somit kann eine Gebühr kostendeckend angepasst werden, bzw. die Kostenumlage ausgleichend wirken und die Finanzsituation positiv beeinflussen.

In diesem Haushalt ist dies nicht erkennbar.

Der Bauhof zum Beispiel, ist ein Servicebetrieb für die Stadt Geilenkirchen. Der Betrieb des Bauhofes sollte für die Bilanz kostenneutral sein.

Vorausgesetzt: Die Leistungsumlage auf die einzelnen Produkte erfolgt in der aufgewendeten Höhe. Dies hätte natürlich zur Folge, dass die Aufwendungen der Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Abfallbeseitigung und das Bestattungswesen steigen müssten. Aber um die Gebühren für den Bürger künstlich gering zu halten, kann man doch keine Verluste machen, die aus Rücklagen oder mit Krediten gedeckt werden müssen und dann auch noch Zinsen verursachen. Dies ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wenn jetzt die Kosten entstehen, dann müssen sie auch jetzt gezahlt werden und nicht Jahre später, und dann auch noch mit Zinsen. Jeder Wirtschaftsbetrieb könnte sich keine andere Kostenverteilung leisten.

Auch im Bereich des Jugendamtes entgleiten die kalkulierten Kosten. Die Begründungen hierfür erscheinen sehr pauschal. Stehen Aufwand und erreichtes Ziel in einem vertretbaren Verhältnis? Es ist sehr unpopulär diese Frage im Bereich der Jugendarbeit zu stellen, da uns immer wieder versichert wird, welche gute Arbeit das Jugendamt leistet. Diese Leistungen müssen aber auch bezahlbar bleiben. Jährliche Mehrkosten von 1,8 Mio. €, im Vergleich zum Kreisjugendamt, sind dauerhaft nicht hinnehmbar.

Wir bedauern auch die schlechte Informationslage der Ratsmitglieder. So wird uns unter den freiwilligen Ausgaben der Zuschuss zur Musikschule mit jährlich 35.000 € dargestellt. Hier fehlen jedoch die Betriebs- u. Instandhaltungskosten sowie der Mietwert des städtischen Gebäudes, das der Musikschule kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Diese freiwilligen Ausgaben können nicht gekürzt werden, weil ein Vertrag die Freiwilligkeit über Jahre bindet. Der Inhalt dieses Vertrages wird nicht jedem Ratsmitglied bekannt sein, da dieser Vertrag noch aus dem Jahr 2003 stammt, als die wirtschaftliche Lage noch wesentlich besser war.

Im Rathaus fehlt es an Büroräumen. Um dem Verwaltungspersonal vernünftige Arbeitsbedingungen bieten zu können, wurden Überlegungen angestellt, die Fraktionsräume in eine städtische Schule zu verlagern. Hierdurch wären aber nur drei brauchbare Räume frei geworden. Das Gebäude der Musikschule, das unmittelbar neben dem Rathaus viel mehr Platz bieten würde, wurde nicht in Betracht gezogen, obwohl die Musikschule nicht zwingend rathausnah untergebracht sein muss. Ein Umzug der Musikschule in freie Räume von städtischen Schulen wäre sicherlich eine Alternative und würde auch die laufenden Kosten senken.

Wir hätten erwartet, dass ein Vertrag mit einer dreijährigen Kündigungsfrist seitens der Stadt bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, bzw. Absehbarkeit der Lage, schon vorsorglich zur Kündigung gebracht worden wäre. Zumindest aber, dass man über diese Möglichkeit gesprochen hätte. Immerhin schlägt man uns vor, die freiwilligen Barzuschüsse an Vereine von 26.100 € auf 0 € zu kürzen. Bei der Musikschule ist dies schon vertraglich über mindestens 3 Jahre nicht möglich.

**Dies sind nur wenige Punkte, die uns bekannt sind.
Wir sind überzeugt, da sind noch mehr!**

In den vergangenen Jahren hat die FDP-Fraktion mit Vertrauen auf das Handlungsgeschick des Bürgermeisters den vorgelegten Haushalten fast immer zugestimmt. Meistens jedoch unter dem Vorbehalt, dass ein wirtschaftlicheres Verhalten die Zukunft der Stadt Geilenkirchen sichern sollte. Aber diese Vorbehalte wurden nicht gehört.

Herr Bürgermeister, als Verwaltungschef besteht Ihr Amt nicht nur aus pressewirksamen Präsentationen, sondern auch aus Personal- und Finanzentscheidungen. Sicherlich ist es unangenehm sparen zu müssen, aber diese Aufgabe haben auch Sie und die Verwaltung. Stattdessen bieten Sie uns nur eine Steuererhöhung und die Kürzung der freiwilligen Ausgaben an.

Sie wurden gewählt und unterstützt, damit sich etwas ändert – **Positiv ändert.**

Wir wollten nicht vom Regen in die Traufe. Wir haben nicht den Eindruck, dass mit dem Haushaltsentwurf und dem vorliegendem Haushaltssicherungskonzept alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Trotzdem wir mit Ihnen Zukunftsperspektiven für Geilenkirchen besprochen und vereinbart hatten, können wir hiervon nichts mehr erkennen.

Wir haben keine Änderungsanträge für den Haushalt 2011 und für das vorliegende Haushaltssicherungskonzept eingebracht, da kleine Änderungen hier keine Verbesserung bringen würden.

Das gesamte Werk muss neu aufgestellt werden.

Ein planvolleres und vorausschauendes Handeln ist hier notwendig, daher werden wir einige Dinge neu überdenken müssen. So sollten wir unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch die Prioritäten der geplanten Maßnahmen prüfen. Zum Beispiel im Bereich der Innenstadtsanierung sehen wir die Notwendigkeit den Bauabschnittes IV in der Priorität vor der Durchführung des Bauabschnittes III vorzuziehen. Offenbar tauchen immer wieder unvorhergesehene Kosten auf, die zukünftige Planungen zerstören. Die Stadtsanierung wäre ohne die Durchführung des Bauabschnittes IV unvollständig. Eine spätere Durchführung des Bauabschnittes III ist jedoch vertretbar, zumal auch die Gestaltung des Bauabschnittes III nicht im direkten Zusammenhang mit der Verkehrssituation zu sehen ist, anders als die Gestaltung des Bauabschnittes IV. Dies aber nur am Rande.

Die FDP Fraktion wird keine Entscheidungen mittragen, die der Stadt Geilenkirchen jetzt oder in der Zukunft Schaden zufügt.

Wir stehen für ein wirtschaftlich nachhaltiges Handeln im Sinne der geilenkirchner Bürger.

Daher kann und wird die FDP Fraktion dem vorliegendem Haushaltsentwurf 2011 und dem Haushaltssicherungskonzept 2011-2014 nicht zustimmen.